
Schwarzbuch Landwirtschaft

Rezension von: Hans Weiss, Schwarzbuch Landwirtschaft. Die Machenschaften der Agrarpolitik, Deuticke Verlag, Wien 2010, 173 Seiten, € 15,90.

Neben der Gruppe der Beamten ist die Gruppe der Bauern in Österreich die einzige Berufsgruppe, die über einen parteipolitisch derart großen Schuttschirm verfügt, dass jede Veränderung schon im Keim erstickt wird. Alleine schon der Hinweis, dass jemand Bauer ist, führt zu einer sehr erregten und oftmals unsachlichen Diskussion.

So sehen viele Konsumenten die bäuerlichen Betriebe als finanzielles Fass ohne Boden, ohne dabei zu bedenken, dass in den letzten zwei Jahrzehnten die Produzentenpreise wichtiger Produkte wie bspw. Milch stark verfielen.

Um hier einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, wurde ein Fördersystem installiert. Dies erwies sich jedoch als äußerst ungerecht. Einerseits fließen zwar erhebliche finanzielle Mittel in die Landwirtschaft, andererseits können diese von den Bauern nur dann auch lukriert werden, wenn sie sich strikt an die Vorgaben des Ministeriums sowie der Landwirtschaftskammern halten. Ein Beispiel dazu: Für einen Milchbauern etwa ist es unmöglich, ein Wiesengrundstück in Ackerland umzuwandeln, um etwa Mais zu Futterzwecken anzubauen. Diese Entscheidungsfreiheit hat der Milchbauer im 21. Jahrhundert nicht mehr. Darüber hinaus werden alle landwirtschaftlichen Flächen durch ein sogenanntes GPS-System erfasst und kontrolliert. Nichtsdestotrotz wird von den Funktionären

des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens immer noch die Mär vom „freien Bauern“ aufrechterhalten.

Die vorliegende Untersuchung¹ zeigt recht eindrucksvoll auf, was seit Jahrzehnten in der österreichischen Landwirtschaft gang und gäbe ist: ein Fördersystem, das ungerechter nicht mehr sein könnte. So belegt etwa die Statistik, dass Kleinbauern mit 448 Euro pro Hektar gefördert werden, Großbauern jedoch mit 544 Euro. Insgesamt kommen nur rund 20 Prozent aller Agrarsubventionen den vielbeschworenen „kleinen Bauern“ zugute. Der große Rest geht an Personen und Firmen, an Großbauern, an Raiffeisen-dominierte Lebensmittelfirmen, an Privatstiftungen und reiche Österreicher. Und vor allem an Hunderte von Agrarfunktionären.

Wenn Bauernfunktionäre für möglichst hohe Subventionen plädieren, vertreten sie damit meist auch ihre ganz eigenen finanziellen Interessen. Denn viele von ihnen zählen, allein oder gemeinsam mit Familienmitgliedern, zu den Spitzenempfängern, weil sie einen Bauernhof bewirtschaften. Politisch werden sie alle vom Bauernbund dominiert, dem ländlichen Rückgrat der ÖVP.

Aber die ÖVP-Macht bröckelt und wandert in Richtung aufmüppiger Bauern, die sich vom herrschenden Apparat nicht mehr vertreten fühlen. So erzielte die Gruppe „Unabhängige Bauern“, die für Aktionen wie „A faire Milch“ bekannt wurden, einen Zuwachs von fünf Mandaten bei der Landwirtschaftskammerwahl 2010.

Zieht man alle in der Landwirtschaft tätigen Politiker und Funktionäre in Betracht, dann kommt man auf eine geschätzte Subventionssumme von jährlich 100 Mio. €, die in diese Richtung fließt. Sogar der Verein der Bauern-

chefs der Bundesländer, der sich mit dem hochtrabenden Namen „Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern“ schmückt, kassierte, so der Autor, im Jahr 2007 eine zünftige Subvention in der Höhe von fast 870.000 Euro, und zwar unter dem Titel „sonstige Maßnahme“ im Rahmen der Investitions- und Regionaloffensive. Die „Präsidentenkonferenz“ besteht nur aus Männern. Denn obwohl in Österreich 41 Prozent aller bäuerlichen Betriebe von Frauen geführt werden, sind diese in den höheren politischen Gremien der Landwirtschaft kaum vertreten.

Ein weiterer wichtiger Problembereich, der unter dem Titel „Die große Privatisierung“ im Buch behandelt wird, sind die illegalen Landverschiebungen in Tirol.² Es begann kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Die zunehmende Industrialisierung führte dazu, dass die Zahl der Bauern rapide abnahm und ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluss schrumpfte. In Tirol fühlten sich die Bauern besonders bedroht, denn hier gehörte ein Fünftel der gesamten Landesfläche, Wiesen, Weiden und Wald, den Gemeinden – und damit allen. Die ansässigen Bauern besaßen hier lediglich Nutzungsrechte. Mitte des 20. Jahrhunderts hatte irgendein schlauer Tiroler Politiker die Idee, diese Gemeindegüter, die allen gehörten, in das Eigentum der ansässigen Bauern zu übertragen. So forderte der damalige Tiroler Agrarlandesrat und spätere Landeshauptmann Eduard Wallnöfer seine Behörde auf, eine sogenannte „Agrargemeinschaft“ einzurichten. Anfangs liefen solche Aktionen noch unkoordiniert und ohne gesetzliche Rückendeckung. Aber das sollte sich bald ändern. Mit Rückendeckung der Bürgermeister und der Tiroler Agrarbehörde wurde verfügt, dass das Ge-

meindegut nun im Eigentum der Agrargemeinschaft steht. Grund dafür war die Befürchtung der Berechtigten (also der alteingesessenen Bauern), durch die fortschreitende Verschiebung der Bevölkerungsschichten zu Ungunsten des Bauernstandes künftig nicht mehr in der Lage zu sein, auf die Verwaltung der Gemeinde hinreichend Einfluss nehmen zu können.

Es ging also darum, wie der Autor zutreffend ausführt, den Besitz, der allen gehörte, aufzulösen und den Mächtigen zuzuschieben. Die Landesregierung schuf hierfür eine eigene Agrarbehörde, die darauf achtete, dass die Verfahren unter dem Decknamen „Regulierungen“ möglichst geheim abliefen. Um eine solche in Gang zu setzen, genügte es, dass sich ein Nutzungsberechtigter über die Gemeinde beschwerte oder ein Viertel aller Nutzungsberechtigten einen entsprechenden Antrag an die Agrarbehörde stellte. Im Regelfall, so der Autor, wurde alles an den demokratisch gewählten Gemeindevertretungen vorbei entschieden, denn die Tiroler Landesregierung nahm sich das Recht heraus, einen handverlesenen Gemeindebewohner zum alleinigen Vertreter der Gemeinde zu bestimmen. Weder der Bürgermeister noch die gewählten Gemeinderäte hatten etwas mitzureden. Ab dem Jahr 1952 lief die Sache dann unter dem vom Tiroler Landtag angepassten Deckmäntelchen „Flurverfassungsgesetz“, dem auch die SPÖ zustimmte.³

Der Wert der den Bauern zugesprochenen Flächen und Grundstücke entwickelte sich im Lauf der Jahre und Jahrzehnte prächtig. Viele Tiroler Gemeinden wurden zu Tourismusmagneten, und dementsprechend rasant stiegen die Grundstückspreise, vor allem dann, wenn billiges Weideland oder

Wald in Baugrund umgewidmet wurde – ein Schlaraffenland für die Mitglieder der Agrargemeinschaften. Wenn eine Gemeinde etwa zur Verbesserung der Infrastruktur eine Abwasseranlage bauen wollte, musste sie bei der Agrargemeinschaft anklopfen und den benötigten Baugrund, der bis zur Regulierung der Gemeinde gehört hatte, um teures Geld kaufen oder pachten.⁴

Trotz eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes von 1982 ist seither in Tirol nicht allzu viel passiert. Zwar beschloss der Tiroler Landtag 2009 ein neues Gesetz, mit dem zumindest ansatzweise die Erkenntnisse des Gerichtes umgesetzt wurden. Doch auch das neue Gesetz zeigt in wichtigen Passagen immer noch die Handschrift des bäuerlichen Machtkartells. Die Gemeinden haben jetzt zwar Mitspracherechte bei der Nutzung von Gemeindegütern, aber letztlich entscheiden immer noch die Agrargemeinschaften.

Ein wichtiges Kapitel im vorliegenden Buch befasst sich mit den Privilegien der Bauern, insbesondere mit der Steueroase Landwirtschaft. Derzeit gibt es in Österreich rund 170.000 Bauern, aber laut Angaben des Landwirtschaftsministeriums zahlt nur eine verschwindend kleine Minderheit von 3-4.000 Einkommensteuer – insgesamt rund 35 Mio. Euro jährlich. Dieser geringe Betrag kommt zustande, da bei den Bauern zur Berechnung der Steuern nicht das reale Einkommen herangezogen wird, sondern ein fiktiver, extrem niedrig angesetzter Vermögenswert des von ihnen bewirtschafteten Bodens, also der sogenannte „Einheitswert“.⁵ Ein durchschnittlicher Landwirt bewirtschaftet in Österreich rund 35 Hektar Grund und Boden, mit Ackerland, Wiesen und ein wenig Wald. Aus diversen Statistiken lässt sich erschließen, dass der Staat

einen Hektar land- und forstwirtschaftlichen Grund mit rund 414 Euro Einheitswert einstuft und dafür rund 4,30 Euro kassiert. Somit bezahlt der Bauer in Österreich durchschnittlich 150 Euro Grundsteuer.

Darüber hinaus dienen bei Bauern die Einheitswerte nicht nur als Basis zur Ermittlung von Grund- und Einkommenssteuern, sondern auch von Beiträgen für Krankenkassen, Pensions- und Unfallversicherungen, Kirchensteuern sowie Stempel-, Rechts- und Rundfunkgebühren.⁶ Einheitswerte werden darüber hinaus auch zur Bemessung staatlicher Fördermaßnahmen herangezogen, etwa bei Hochschulstipendien, Kindergartenzuschüssen und Ausgleichszulagen. Bis zu einem Einheitswert von 65.500 Euro sind Bauern, so der Autor weiter, steuerlich pauschaliert, d. h. bis zu dieser Grenze fällt keine Einkommensteuer an.⁷ Als Folge der Nichtanpassung der Einheitswerte müssen viele landwirtschaftliche Großbetriebe keine Einkommensteuer bezahlen, auch wenn ihre realen Einkommen massiv gestiegen sind. Diese Nichtanpassung ist vor allem ein Steuergeschenk an mittlere und große Bauern. Müssten die Bauern daher wie andere Selbstständige auch ihr reales Einkommen versteuern, so hätte der österreichische Staat mit einem Schlag Mehreinnahmen in der Höhe von mehreren hundert Millionen Euro zu verzeichnen. Für kleine Bauern – die überwiegende Mehrheit – hätte das keinerlei Auswirkungen.

Eine besondere Form landwirtschaftlicher Förderung stellen die staatlichen Zuschüsse an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern dar. Weil die überwiegende Mehrheit aufgrund ihrer Steuerprivilegien offiziell fast nichts verdient, sind ihre Beiträge

nur sehr gering. Aus diesem Grund ist der staatliche Zuschuss besonders hoch. Arbeiter und Angestellte erhalten im Durchschnitt 935 Euro Pension, wobei der Staat einen Anteil von 168 Euro zuschießen muss. Bauern erhalten aufgrund ihrer geringen Beitragsleistung im Durchschnitt nur 561 Euro Pension, wobei der Staat allerdings noch einen Zuschuss von 438 Euro leisten muss.

Sehr verdienstvoll sind auch die Ausführungen im Kapitel „Bauernsterben“. Aus Verzweiflung über fallende Milchpreise und die Billigpreispolitik der großen Handelsketten schlossen sich Anfang 2004 österreichische Bauern zur Interessengemeinschaft Milch (IG-Milch) zusammen. Sie umfasst inzwischen sechstausend Mitglieder. Dies war aus Sicht der Mitglieder die einzige Möglichkeit gewesen, wirtschaftlich zu überleben. Genau so ist ja ursprünglich auch Raiffeisen entstanden, aus einem Zusammenschluss von Bauern, denen es an den Kragen ging. Aber von einer ehemals guten Idee ist – wie so oft – nicht mehr viel übriggeblieben. Dem heutigen Raiffeisen-Konzern geht es nur mehr um Geld, Umsatz und Gewinn. Der nächste Schritt der IG-Milch war, dass sie die Vermarktung selbst in die Hand nahm. So ist Anfang 2006 „A faire Milch“ entstanden und wurde eine erfolgreiche österreichische Marke, die sogar den österreichischen Staatspreis für Marketing erhielt. Finanzielle Unterstützung gibt es allerdings keine. Die Rebellen mussten von Anfang an alles selbst finanzieren.

Der offiziellen Agrarpolitik gefiel das jedoch nicht, und so versuchte sie mit einem Konkurrenzunternehmen das Projekt zum Scheitern zu bringen, jedoch mit sehr bescheidenem Erfolg.⁸ Die Forderungen der IG-Milch kann man als Konsument nur unterstützen:

Verbot von gentechnischem Futter für Tiere; Tierfütterung muss zu 80 Prozent aus Dauergrünland stammen – nur so hätten Bergbauern eine Chance, wirtschaftlich zu überleben; gerechtere Verteilung der Agrarförderungen (derzeit gibt es für einen Hektar Grünland 200 Euro, für einen Hektar Ackerland bis zu 600 Euro Förderung); auf allen Lebensmitteln muss verpflichtend und ohne Ausnahme die Herkunft vermerkt werden; Abschaffung der Milchpreis-Staffelung. Derzeit erhalten Bauern mit hohen Liefermengen von Molkereien meist einen höheren Milchpreis als Bauern mit kleinen Mengen.

So wichtig auch alle im Buch angeführten Sofortmaßnahmen sind, so wenig verändern sie etwas am gesamten landwirtschaftlichen Milchproduktionssystem der EU. Ein Blick über die EU-Grenzen hinaus zeigt auf, dass es sehr wohl Beispiele gibt, die nachahmenswert wären⁹ – so etwa das kanadische.

Dort gibt es seit 1970 ein Quotensystem, das nicht staatlich gelenkt ist und das nicht vor lauter Schlupflöchern nur die belohnt, die sich nicht daran halten. In Kanada vermeiden die Erzeuger selber mit flexiblen Quotenmengen für jeden einzelnen Betrieb Überschüsse. Jeden Monat wird überprüft, ob mehr Milch benötigt wird oder nicht. Die Canadian Dairy Commission, die dortige Milchkommission, überwacht als Monitoringstelle den Prozess. Diese Stelle setzt sich aus Vertretern des Milcherzeugerverbands und der Politik zusammen. Um die Milchversorgung muss sich deswegen in Kanada niemand Sorgen machen. Was aber beim kanadischen System herauskommt, ist – ein Milchpreis für die Bauern von 45 Cent im Durchschnitt. Das ist der Preis, den die Molkerei bezahlt! Denn

Subventionen müssen hier nicht abgezogen oder dazugerechnet werden. Kanadas Milchwirtschaft kommt ohne Subventionen aus! Dieses System funktioniert jedoch seit Jahrzehnten nur, da sich die Bauern zusammenschlossen und die Mengensteuerung in die eigenen Hände genommen haben. Ein Argument der Kritiker ist aber richtig: In Kanada funktioniert das u. a. nur, weil die Politik es will. Diese muss die Umsetzung der Rahmenbedingungen aktiv unterstützen. Nur bezahlen muss sie nicht, im Gegensatz zum EU-Modell.

Insgesamt gesehen, gelang dem Autor mit dem vorliegenden Buch ein interessanter und spannend geschriebener Problembereich der Landwirtschaft in Österreich.

Josef Schmee

Anmerkungen

- ¹ An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Ergebnisse im vorliegenden Buch nicht neu sind, jedoch in dieser Eindringlichkeit seit Langem so nicht mehr vorgebracht wurden: siehe Gerhard Steger, *Wer profitiert von den Überschüssen in der österreichischen Landwirtschaft?* (Wien 1987), und ders., *Bauernopfer? Die Auswirkungen des EU-Beitritts für die österreichische Landwirtschaft* (Wien 1989).
- ² Bereits 1982 bezeichnete der Verfassungsgerichtshof das Vorgehen der mit den Vermögensübertragungen befassten Behörden als parteiisch und offenkundig krass rechtswidrig. Es dauerte erstaunlich lange, bis das Tiroler Macht- und Schweigekartell, so der Autor, zu bröckeln begann. Erst vor Kurzem wurde das ganze Ausmaß dieser Vermögensdelikte bekannt. So ist es insbesondere der Journalistin Alexandra Keller zu verdanken, die die Machenschaften der Behörden Stück für Stück in der Zeitschrift „Echo“ aufdeckte. Erstaunlich ist, dass außerhalb Tirols über diese gigantische Grundverschiebung und die dubiose Rolle der Tiroler Behörden kaum berichtet wurde.
- ³ Alle in Tirol durchgeführten Regulierungen lassen sich dem juristischen Straftatbestand „Amtsmissbrauch“ zuordnen.
- ⁴ Wie etwa in Innsbruck, wo die Stadt für die Abfalldeponie Ahrental jährlich rund 600.000 Euro an die fünfzehn Mitglieder der Agrargemeinschaft Vill bezahlen muss.
- ⁵ Im Frühjahr 2010 forderten Arbeiterkammern und Gewerkschaften eine Neubewertung der Einheitswerte. Daraus wurde jedoch nichts, da auch die SPÖ einer Verschiebung der Anpassung bis zum Jahr 2015 zugestimmt hat. Auch das Zerren der Bauern vor das höchste Gericht mit der Begründung, dass diese Berufsgruppe nichts zur Sanierung des Budgets beiträgt, kann vom Rezensenten nur als Gag aufgefasst werden. Im Unterschied zu den unselbstständig Beschäftigten hat die Standesvertretung für die Bauern sehr gut verhandelt. Dies kann den Bauern doch nicht zum Vorwurf gemacht werden.
- ⁶ Der Verfassungsgerichtshof hat in einem Urteil allerdings festgestellt, dass Einheitswerte keine geeignete Grundlage für die Bemessung staatlicher Abgaben sind. Aber wen kümmert's in diesem Land, was der Verfassungsgerichtshof sagt?
- ⁷ Diese Grenze wurde jüngst auf 100.000 Euro angehoben – wiederum ohne nennenswerten Widerstand der Sozialdemokratischen Partei.
- ⁸ Vielleicht, so der Autor, war es nur ein dummer Zufall, dass das „Ökosoziale Forum“ im Jahr 2007 unter dem Vorsitz des ehemaligen EU-Agrarkommissars Franz Fischler eine Vermarktungsfirma gründete, deren Name eine verblüffende Ähnlichkeit mit „A faire Milch“ aufwies – „Fairea“. Und vielleicht war es ebenfalls nur ein dummer Zufall, dass

diese Firma vom Landwirtschaftsministerium und anderen einschlägigen Agrarstellen sofort Förderzusagen in der Höhe von mehreren 100.000 Euro erhielt.

⁹ Die nachfolgenden Ausführungen stammen aus dem interessanten Buch von Romuald Schaber, Blutmilch. Wie Bauern ums Überleben kämpfen (München 2010) 227ff.

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 15**

**Ausgliederungen aus dem öffentlichen
Bereich – Versuch einer Bilanz**

Christa Schlager (Hrsg.)

Christa Schlager
Vorwort

Katharina Mader
Ausgliederung aus dem Bundeshaushalt, neuer Stand und vertiefende
Evaluierungen

Hannes Hofer
Gedanken zu Ausgliederungen aus der Sicht der BBG bzw. Stellungnahme zur Studie

Andreas Pölzl
Thesen und Lösungsansätze zur Steuerung öffentlicher Aufgaben unter
besonderer Berücksichtigung des Beteiligungsmanagements

Ulrike Mandl und Thomas Obermayr
Erfahrungen und Perspektiven hinsichtlich Ausgliederungen aus Sicht
des Rechnungshofes

Heinz Leitsmüller und Bruno Rossmann
Ausgliederungen aus dem öffentlichen Haushalten – Versuch eines Resümees

Wien 2010, 178 Seiten, € 24,-.

Bestellungen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexus.at